



»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

## Standpunkt

von Professor Dr. Klaus Hänsch

### Das eigentümliche Parlament

Vom 23. bis zum 26. Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament. Die Kenntnis der Wähler über dessen Kompetenzen und Entscheidungsverfahren bleibt wie jedes Mal seit 1979 weit hinter Bedeutung für Politik und Rechtsetzung der Union zurück. Dafür gibt es viele Gründe. Einer unter ihnen ist die Unübersichtlichkeit der parlamentarischen Vorgänge auf der europäischen Ebene. Das macht diese nicht undemokratisch oder unparlamentarisch. Aber die Wähler können die gewohnten nationalparlamentarischen Verfahren nicht wiedererkennen und das erschwert die Bildung demokratischen Vertrauens.

Allerdings ist Übersichtlichkeit wie im Deutschen Bundestag ohnehin nicht die Regel. Minderheitsregierungen in ungewohnten Kooperationen sind in Skandinavien schon länger ein Normalfall. Die verwirrenden und mit den traditionellen Orientierungen nur noch ansatzweise kongruenten Bezeichnungen politischer Formationen und Parteien sind insbesondere in Mittel- und Osteuropa, aber auch in Italien und Spanien längst Gewohnheit. Die Mutation von Parteien zu Bewegungen wie die *Macrons République en marche* oder *Mélenchons France insoumise* in Frankreich und wie *Cinque Stelle* oder *Lega Nord* in Italien verstärken die dort schon vor Längerem entstandenen Unübersichtlichkeiten. Übrigens hat das Bundesverfassungsgericht mit dem Verbot von fünf oder drei-Prozent Sperrklauseln einen bemerkenswert deutschen Beitrag zur Unübersichtlichkeit geleistet.

Das Europäische Parlament ist eben nicht das einer Staatsdemokratie, sondern das einer Union demokratischer Staaten. Es ist nicht die Vertretung eines europäischen Volkes (das es nicht gibt), sondern die der Völker in der Europäischen Union. Seine Wahl ist zwar frei, geheim und unmittelbar, aber nicht gleich. Die Mandate sind auf die Mitgliedstaaten nach dem Prinzip einer national stark degressiven Proportionalität verteilt, so dass der Grundsatz des gleichen Gewichts jeder Stimme weit über ein unvermeidliches Maß hinaus aufgeweicht wird. Es kann mithin kein allein und alles entscheidendes sein und werden. Das macht aus ihm zwar Parlament von minderer demokratischer Legitimation, verlangt aber ein besonderes Verständnis für seine eigentümliche Rolle im demokratischen Gefüge der Union.

Es ist nicht der Gesetzgeber der Union, sondern ihr der CO-Gesetzgeber, der sich die Legislativfunktion mit den Regierungen im Rat teilt. Es wählt den Präsidenten der EU-Kommission auf Vorschlag des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs, der wie ein (kollektives) Staatsoberhaupt klug handelt, wenn er dabei eine sich abzeichnende Mehrheit im Parlament berücksichtigt. Es spricht der gesamten EU-Kommission das Vertrauen aus (oder verweigert es), kann aber deren Zusammensetzung entsprechend der politischen Mehrheit im Parlament nicht erzwingen, solange jede Regierung den ihrem Land zustehenden Kommissar entlang ihrer eigenen politischen Orientierung nominert. Es gliedert sich in multinationale parteipolitische Fraktionen, bildet aber für die weder Regierungsmehrheit noch Oppositionsminderheit – jedenfalls bislang nicht.

Die Liste der parlamentarischen Besonderheiten ist noch erheblich länger, macht aber schon deutlich, dass das Europäische Parlament keine Kopie eines der mitgliedstaatlichen Parlamente ist und sein kann und dennoch ein „richtiges“ ist. Es füllt in einer Staaten-Union (fast) alle Funktionen eines Parlaments aus. Es ersetzt die nationalen Parlamente nicht, ist aber mit ihnen gemeinsam der unabdingbare Teil der eigenartigen Unionsdemokratie. Das Parlament einer Union, die ein politisches Gebilde „sui generis“ ist, muss auch „sui generis“ sein.

## Was war?

### Stiftungspreis 2016/17

Die von Frau Miriam Bach und Herrn John-Martin Preuss in Co-Autorenschaft verfasste Masterarbeit „Solizentrum Lübeck. Eine Fallstudie über Widerstand und Solidarität in der Unterstützung von Migration“ wurde mit dem Stiftungspreis 2016/2017 ausgezeichnet. Für die Preisverleihung reiste Herr Preuss aus Hamburg an und nahm die Gelegenheit wahr, die Arbeit dem Kuratorium vorzustellen. Die Abschlussarbeit beschäftigt sich mit der Praxisebene von Demokratien und stellt anhand des ausgewählten Untersuchungsfelds, nämlich des Solizentrums Lübeck, eine lokale Unterstützungsstruktur dar. Ausgangssituation ist die Migrationsbewegung im Herbst 2015 und die schlagartig anwachsende Flüchtlingszahl in Lübeck. Der Preisträger erörterte den theoretischen Zugang zu seinem Untersuchungsgegenstand, bei dem die Begriffe „Widerstand“ und „Solidarität“ eine zentrale Rolle spielten.

Er erklärte, dass das Verständnis von Solidarität zwar von einer karitativen bis hin zur emanzipativen Bewegung variiert, die Minimaldefinition aber das Füreinandereintreten ist. Hierbei betonte er, dass nicht nur Deutsche oder Einheimische der Stadt in dem Solidaritätszentrum aktiv waren, sondern auch vor Jahren nach Lübeck geflüchtete Menschen. Damit sei dieses Zentrum „keine Einbahnstraße der Hilfe“.

An den Vortrag schloss sich eine lebhaft und interessante Diskussion an.



## Was wird?

### Stiftungspreis 2018

Die Bewerbungsphase für den Stiftungspreis 2018 hat begonnen. Der jährlich vergebene Stiftungspreis wird in zwei Kategorien vergeben. Der Preis ist für Dissertationen und Habilitationen mit 5.000 € und für studentische Abschlussarbeiten (Bachelor- und Masterarbeiten) mit 2.500 € dotiert. Die Bewerbungsphase für den Stiftungspreis 2018 endet am 31. Juli 2019. Das Kuratorium der Demokratie-Stiftung wird zeitnah eine Entscheidung fällen und die Preisträger bekannt geben.



## Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von Ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter [www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/](http://www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/) einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



### Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/ 470-5644 | E-Mail: [demokratie-stiftung@uni-koeln.de](mailto:demokratie-stiftung@uni-koeln.de) | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln